

Änderungsantrag Bundestagswahlprogramm 2017 diverse

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung am 19. Mai 2017

Beschluss: Der Landesvorstand der LINKEN. Sachsen reicht die nachfolgenden Änderungsanträge an den Bundesparteitag ein.

Hinweis: Die Anträge behandelt der Landesvorstand Thüringen parallel

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit: Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)

Weitere Maßnahmen: -

Den Beschluss sollen erhalten: Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinatorin

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich übernommen.

f.d.R.

Dresden, den 19. Mai 2017



Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin

Anträge an den Landesvorstand zur Sitzung am 19. 5. 2017 zur Änderung des Leitantrages zum Bundesparteitag „Bundestagswahlprogramm“

Der Landesvorstand schlägt auf Grundlage der durch die AG Grundsatz erarbeiteten Vorschläge folgende Änderungen am Entwurf des Bundestagswahlprogramms vor und leitet diese an die Antragskommission weiter:

- 1) Kapitel VI. "In die Zukunft investieren"
- 2) Kapitel X. "Gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West"
- 3) Kapitel XVI. Änderungsanträge NSU&VS
- 4) Änderungsanträge R2G-Perspektive und strategisches Dreieck
- 5) Weiterer Änderungsantrag: Demokratisierung Europas
- 6) Redaktionelle Änderungsanträge

Weitere Änderungsanträge:

Reiner Kräuter zur Benachteiligung von Versorgungsempfänger_innen in Ostdeutschland

1) Kapitel VI. "In die Zukunft investieren"

Zeile 1326 neu: „Das Öffentliche in Ländern und Kommunen stärken: Privatisierungsstopp statt Schuldenbremse“

➔ *Abstimmung: mehrheitlich übernommen*

Ab Zeile 1333 ergänzen/reformulieren: Satz „...und kämpft für eine Stärkung des Öffentlichen durch Re-Kommunalisierung.“ als „...und kämpft für eine Stärkung des Öffentlichen durch Re-Kommunalisierung und öffentliche Unternehmen in Hand der Bundesländer. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Partnerschaft zwischen Kommunen und Ländern in ÖÖP Projekten zu.“

➔ *Abstimmung: mehrheitlich übernommen (MH / 0 / 4)*

Zeile 1360 neu: „Kommunen und Ländern sollen die Möglichkeit haben, über kommunale bzw. landeseigene Unternehmen Kredite aufzunehmen, um die öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten zu können.“

➔ *Abstimmung: mehrheitlich übernommen (MH / 0 / 1)*

2) Kapitel X. "Gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West"

Ergänzung in Zeile 2048:

„Der Widerstand gegen diese Politik – etwa der Hungerstreik in Bischofferode – gegen die politische Ausschaltung unliebsamer Konkurrenz durch die Treuhand und andere politische Sachverwalter im Interesse westdeutscher Konzerne wurde niedergedrungen und im Westen kaum wahrgenommen. Gleiches gilt für Protest und Empörung über windige Investoren, die den Ausverkauf der industriellen Struktur und öffentlichen Eigentums nach 1989 für kriminelle Machenschaften nutzten.“

➔ *Abstimmung: mehrheitlich übernommen (MH / 0 / 1)*

Neuer Absatz nach Zeile 2083 einzufügen:

„Treuhandpolitik, Privatisierungen und die Goldgräberstimmung krimineller Investoren in den 1990er brauchen Aufarbeitung. Wir sehen ein massenhaftes Politikversagen auf allen Ebenen. DIE LINKE wird sich daher in der nächsten Legislatur des Deutschen Bundestages für eine Enquetekommission einsetzen, die diese tiefen Einschnitte im Leben Millionen Ostdeutscher aufarbeitet und damaligen Politikansätze und Institutionen wie die Treuhand überprüft.“

→ *Abstimmung: einstimmig übernommen*

Ergänzung Zeile 2145:

„Gerade die Erfahrungen aus Ostdeutschland zeigen, dass Wirtschaftsförderung, die eine Billiglohnstrategie bedient, langfristig Abhängigkeiten schafft. Das ostdeutsche Wirtschaftsprofil als Zulieferer westdeutscher Konzerne hat die ungleiche Entwicklung dieser Region in der Wirtschafts- und Steuerkraft sowie in der Entwicklung der Einkommen der Beschäftigten seit 1989/90 zementiert.“

→ *Abstimmung: einstimmig übernommen*

Neuer Absatz zur kleinen und mittleren Unternehmen, einzufügen nach Zeile 2148:

„Ein wichtiger Ansatzpunkt für diesen Prozess ist die Stärkung von regionalen Wertschöpfungsketten, bei denen kleine und mittlere Unternehmen im Fokus stehen müssen. Statt nur verlängerte Werkbank großer Konzerne zu sein, müssen diese Unternehmen bei Forschung und Entwicklung gezielt gefördert werden. Um die industriellen und handwerkliche Kerne im ländlichen Raum zu sichern, bedarf es Begleitung bei Unternehmensnachfolgen, dabei ist der Firmenübergang in die Hand der Beschäftigten als Produktivgenossenschaften zu unterstützen (s. auch „Genossenschaften und solidarische Ökonomie“).

Gerade in Kleinunternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten verwischen im Arbeitsprozess die Unterschiede zwischen Unternehmer und Beschäftigten. Hier braucht es spezielle Anreize, um Tarifbindung und Bedingungen guter Arbeit zu verankern, etwa durch eine veränderte Vergabepolitik der öffentlichen Hand. Nur so können Fachkräfte in ländlichen Räumen und strukturschwachen Regionen gehalten werden.“

Einschub in die bisherige Z. 2149 nach „gehören“: „auch“.

→ *Abstimmung: mehrheitlich übernommen (MH / 0 / 1)*

3) Kapitel XVI. "Änderungsanträge NSU & VS"

1.) Abschaffung VS

In Zeile 3956 ergänzen:

„Wir fordern die Auflösung von BND, MAD sowie dem Bundes- und den Landesämtern für Verfassungsschutz. Geheimdienste sind Fremdkörper in einer Demokratie – nicht nur, wenn sie Skandale produzieren, sondern im Alltag. Bis zur Auflösung unterstützen wir Schritte, um die Kompetenzen der Dienste zurückzudrängen, zum Beispiel durch die Abschaltung von V-Leuten, ein Verbot für Bildungsarbeit, die Stärkung der Kontrollen, prioritäre Zuständigkeit von Polizei bei Gefahrenabwehr und Strafaufklärung, die Einrichtung einer Enquetekommission zur kritischen Debatte der Notwendigkeit von Geheimdiensten, die Überprüfung der rechtlichen Zulässigkeit sämtlicher gespeicherter Personendaten in den Diensten und parallel der Aufbau einer transparent und wissenschaftlich arbeitenden Informations- und Dokumentationsstelle zur Beobachtung antidemokratischer Bedrohungen von rechts als Ersatz für die Geheimdienste.“

→ *Nicht übernommen*

2.) Rechtsterror / NSU

In Zeile 3841 ergänzen:

„Wir fordern die schnelle Einsetzung eines Untersuchungsausschuss zum Rechtsterrorismus, um die nicht abgeschlossene Aufklärung der NSU-Verbrechen fortzusetzen und die lange Geschichte anderer rechtsterroristischer Strukturen in der Bundesrepublik und die Verantwortung staatlicher Stellen bei der nicht ausreichenden Verfolgung zu beginnen.“

→ *Abstimmung: übernommen (8 / 1 / 4)*

4) Änderungsanträge R2G-Perspektive und strategisches Dreieck r2g / Strategisches Dreieck:

In Zeile 221 den Satz „Dafür kämpfen wir in den Parlamenten, auf der Straße und in den Betrieben.“ ersetzen: „Dafür kämpfen wir in den Parlamenten, in Regierungen, auf der Straße, in den Betrieben, im Bund, in Kommunen und in Ländern.“

→ *Abstimmung: übernommen (4 / 1 / MH)*

In Zeile 4474 ergänzen: „Widerstand und Protest, der Gestaltung der Gesellschaft im Hier und Jetzt und die Vision einer über den Kapitalismus hinaus weisenden Alternative bilden für unsere Politik ein unauflösbares Dreieck.“

→ *Abstimmung: übernommen (8 / 0 / 3)*

In Zeile 4463 ergänzen: „Wir wollen regieren. Für einen klaren Politikwechsel, bei dem sich Erwerbslose, ArbeiterInnen und Angestellte, NormalverdienerInnen, kleine Selbstständige und Mittelständler gut vertreten fühlen und die Ungleichheit verringert wird, und an konkreten Schritten hin zu einer sozialen, ökologischen und demokratischen Gesellschaft sowie zu friedlichen Konfliktlösungen beteiligt sich DIE LINKE auch an einer Bundesregierung.“

→ *Abstimmung: übernommen (12 / 0 / 1)*

5) Weiterer Änderungsantrag: Demokratisierung Europas

Zeile 3666f.: Den Satz „...und kontrolliert werden statt von nicht-legitimierten Gremien wie EU-Kommission oder dem Rat.“ ändern in: „...und kontrolliert werden, statt dem Rat oder der EU Kommission überlassen zu bleiben.“

Begründung:

Auch die EU-Gremien sind direkt oder indirekt demokratisch legitimiert, wenngleich sie undemokratische Politik betreiben.

→ *Nicht abgestimmt*

6) Redaktionelle Änderungsanträge

Generell: Statt Bundesregierung sollte es „große Koalition aus CDU/CSU und SPD“ heißen.

Zeile 3311: „DIE LINKE lehnt eine weitere Erhöhung des Rüstungsetats ab.“ ergänzen.

Zeile 3377 (Einsatz der Bundeswehr im Inneren.): Den Satz hier streichen und bei nach 3986 als Anstrich im Abschnitt „Eine bürgernahe Polizei“ einfügen.

→ *Einstimmig übernommen*

Zeile 2504 und Zeile 1301: Die Rede ist einmal von 100 Milliarden Investitionsprogramm in die Öffentliche Daseinsvorsorge und einmal von 120 Milliarden. Dies ist auf 120 Milliarden anzugleichen.

Weitere Änderungsanträge:

1) Reiner Kräuter zur Benachteiligung von Versorgungsempfänger_innen in Ostdeutschland

Zeile 45 ...ostdeutschen Bundesländern die Löhne, **Renten und Pensionen**...

Zeile 198 ...Wir wollen die **Renten und Pensionen**...

Zeile 2036 ...die Renten **und Pensionen**...

Zeile 2066 ...Wir wollen eine vollständige Angleichung der Renten **und Pensionen**...

Zeile 2067 ...gibt es im Osten weniger Rente **und Pension**...

Zeile 2086 ...Rentner, **Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger** in Ost und West keine gleichwertige Rente und Pensionen...

Zeile 2092 ...DIE LINKE will die Benachteiligung ostdeutscher Rentnerinnen und Rentner, **Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger**...

Zeile 2095 ...Die Angleichung der Ostrenten **und Pensionen** darf nicht zum Nachteil der...

Zeile 2103 ...Dabei geht es nicht nur um empfindliche finanzielle Einbußen bei der Rente **und der Pension**...

Begründung:

Die Angleichung der Ost-Rente an die des Westens ist in aller Munde und wird munter diskutiert. In der Debatte spielen die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger keine Rolle.

Mit Blick auf den Umstand, dass wir im Wahlprogramm gleiche Rente für gleiche Lebensleistung fordern, muss dies auch für die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Ostteil von Deutschland gelten.